

Inszeniert und moralinsauer: die Empörung um die AHV

NZZas

Die Lage der AHV wird dramatisch. Aber Gewerkschaften und wahlkämpfende Parteien wollen nicht zur Kenntnis nehmen, was offenbar nicht sein darf, schreibt Peter Hasler

1-6-03

Die Reaktionen von Gewerkschaften und Parteien auf die AHV-Sanierungsvorschläge von Innenminister Pascal Couchepin sind grotesk. Mit Ausnahme der FDP wird protestiert, Empörung gemimt, mit Streik gedroht, abgewiegelt, der Bote und sein Vorgehen kritisiert oder das Problem geleugnet. Anstelle einer konstruktiven Diskussion, wie sie die bürgerlichen Parteien seit Jahren verlangen, dominiert wahlkampforientierte Verweigerung.

Bevor die offizielle Version der Sanierungsideen aus dem Departement des Innern überhaupt greifbar war, hatten gezielte Indiskretionen und die moralinsauren Skandalbewirtschaftler aus dem Haus Ringier die Vorschläge abgeschmettert. Das Urteil war gesprochen, bevor der Angeklagte überhaupt das Wort hatte. Die «Arena» des Schweizer Fernsehens fand statt, bevor Pascal Couchepin das Parlament und die Öffentlichkeit informieren konnte. Pauschal wurde abgeurteilt, was offenbar nicht sein darf: Die AHV und die Rentner sind tabu, Punktum. Das ist undemokratische Diskussionsverweigerung.

Dabei ist das Problem der demographischen Entwicklung in der Schweiz seit Jahrzehnten bekannt, und die Folgen für die Sozialversicherungen können recht präzise abgeschätzt werden. Der fehlende Nachwuchs und die steigende Lebenserwartung werden bis ins Jahr 2040 das Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Rentnern dramatisch verändern. Die längere Lebenserwartung und der Leistungsausbau in den vergangenen 10. AHV-Revisionen strapaziert die Finanzen der AHV bis zur Erschöpfung. Der Schweizerische Arbeitgeberverband hat schon 1993 zu einem «Moratorium» jeglichen Leistungsaubaus aufgerufen, weil sonst die Finanzierung unserer zehn Sozialversicherungen nicht mehr gewährleistet sei. Gehandelt wurde nicht.

Die Lage der AHV wird dramatisch. Der AHV-Fonds hat nicht mehr den gesetzlich vorgeschriebenen Bestand einer Jahresausgabe. Hätte man nicht im Jahr 1999 die Mehrwertsteuer um 1% erhöht, gäbe es schon ab 2010 keine AHV-Renten mehr. Das Volk hat die Speisung der AHV mit den Erträgen des nicht benötigten Nationalbankgoldes abgelehnt. Ähnliche Skepsis

dürfte für weitere Mehrwertsteuererhöhungen bestehen. Für die Wirtschaft sind Mehrwertsteuererhöhungen ebenso schädlich wie Erhöhungen der Lohnprozente. Da ist es nicht nur richtig, sondern dringend, dass der Innenminister endlich Lösungsvorschläge einbringt. Wer heute die Finanzprobleme unserer Sozialwerke negiert und auf Wachstum hofft, steckt den Kopf in den Sand.

Im Wahljahr ist verständlich, wenn auch feige, dass die politischen Parteien ihren Wählern unpopuläre Wahrheiten nicht zumuten mögen. Dennoch erstaunen die Bocksprünge gewisser Parteien. CVP und SVP haben immer wieder eine Gesamtschau der finanziellen Lage unserer Sozialversicherungen verlangt. Diese liegt aufdatiert seit dem 17. Mai 2003 vor. Szenarien zur Leistungskorrektur sind nachzulesen in den «IDA-FiSo»-Berichten von 1996. An den Grundlagen fehlt es also nicht. Wo bleiben denn die Vorschläge der «Partei mit Biss», wo die plakativen Rezepte der Partei, die immer Steuersenkungen verlangt? Dass die SP das Problem negiert und verschlimmert, ist bekannt; konstruktive Beiträge sind nicht zu erwarten. Die FDP soll also mit dem schwarzen Peter allein in die Wahlen ziehen.

Während im Lande Schweiz ein veritabler Sturm um die Sozialwerke tobt, wird im Parlament an unseren Sozialversicherungen herumgewerkelt, wie wenn die Welt noch in Ordnung wäre. Der Nationalrat will gegen sämtliche ökonomischen Erkenntnisse und internationalen Warnungen den

Peter Hasler



Peter Hasler ist Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. Er hat diese Funktion seit 1993 inne. Er löste damals den Zürcher FDP-Nationalrat Heinz Afenspach ab. Der promovierte Jurist Hasler ist 57-jährig, seit über 30 Jahren verheiratet und Vater zweier Söhne.

vorzeitigen Rentenbezug mit 400 Millionen Franken fördern, der Ständerat möchte die zweite Säule, die in existenzielle Nöte geraten ist, kostenträchtig ausbauen. Der Bürger greift sich an den Kopf, wenn er sieht, wie das Parlament die vom Volk abgelehnte Mutterschaftsversicherung halsstarrig in zweiter Auflage realisieren will und wenn gewissen «schabigen» Kantonen nun mit deutlich höheren Bundeskinderzulagen endlich der Marsch geblasen werden soll. Bei der Invalidenversicherung wird seit Jahren gebannt und tatenlos zugeschaut, wie die Invalidenfälle förmlich explodieren, wie die Kantone sich eine stossende unterschiedliche Praxis erlauben und immer mehr Arbeitslose, Sozialfälle, Umstrukturierungsoffer in den Firmen und heimkehrwillige Ausländer über die IV «entsorgt» werden. Schulden von zurzeit 4,5 Milliarden Franken sind die Folge.

Es kann nur wiederholt werden, was der Schweizerische Arbeitgeberverband seit Jahren fordert: eine unvoreingenommene Diskussion aller Sparvorschläge, die keine Tabus kennen darf. Nicht mehr akzeptierbar sind Leistungsausbauten, das Rentenalter ist mit zunehmender Lebenserwartung zu erhöhen. Zu diskutieren sind der Mischindex, die weitere Anpassung der Witwenrente an die Witwerrente und der Verzicht auf nicht mehr zeitgemässe Leistungen. In der Invalidenversicherung hapert es vor allem im Vollzug. Die inakzeptablen kantonalen Unterschiede in der Leistungszusprechung müssen durch Bundeshand eingeebnet werden. Vermutlich sollten IV-Fälle zukünftig ausschliesslich durch spezielle IV-Ärzte beurteilt werden. Der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» ist in Zusammenarbeit mit Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe entschiedener durchzusetzen. In der Krankenversicherung schliesslich müssen die falschen Anreize eliminiert, und der Wettbewerb muss gestärkt werden. Die Lage ist ernst und wird morgen dramatisch, wenn wir nicht den Mut zu einschneidenden Massnahmen aufbringen. «Augen zu und durch» geht ebenso wenig, wie den Kopf in den Sand zu stecken und auf Wirtschaftswachstum zu hoffen.